

Pressekonferenz, 27. August 2018

Prognos-Studie zur Rentenpolitik der Bundesregierung

Statement

Hubertus Pellengahr
Geschäftsführer
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

in einem Interview mit der „BILD am Sonntag“ wurde Bundesfinanzminister Olaf Scholz folgende Frage gestellt: „Wie erklären Sie einem 17-Jährigen, dass Jahr für Jahr mehr Steuergeld für die Rentner ausgegeben wird?“ Er antwortete wie folgt: „Wer mit 17 die Schule verlässt, hat bis zu 50 Jahre Arbeit vor sich und zahlt so lange Rentenbeiträge. Der 17-Jährige muss sich die ganzen Jahre darauf verlassen können, dass er im Alter eine anständige Rente erhält.“ Anschließend forderte Scholz, die Höhe des derzeitigen Rentenniveaus bis zum Jahr 2040 zu garantieren. Als einen Tag später der Pressesprecher des Finanzministers gefragt wurde, ob es im BMF Berechnungen zu den Kosten dieser Forderung gäbe, antwortete dieser mit erfrischender Ehrlichkeit: „Die gibt es natürlich nicht“.

Die INSM hat schon seit der Unterzeichnung des Koalitionsvertrags die Sorge, dass die Festschreibung des Rentenniveaus nicht nur auf die Zeit bis 2025 beschränkt bleiben wird. Wir haben daher vor einigen Monaten das Prognos Institut gebeten, nicht nur die Kosten des Rentenpakets 2018 zu berechnen, sondern auch die möglichen Folgen einer Fortschreibung. Die Ergebnisse dieser Berechnungen wird Ihnen gleich Dr. Moog erläutern. Er wird Ihnen auch darstellen, wie er zu diesen schrecklich hohen Zahlen gekommen ist. Dazu von mir nur so viel: Es gab in den vergangenen Tagen zahlreiche Schätzungen. Auch wenn die teilweise sehr unterschiedlich ausfielen, haben sie eines gemeinsam: Die Festschreibung des Rentenniveaus wird sehr, sehr teuer. Professor Hagist verglich das mit den Schätzungen zum Klimawandel. Auch die fallen unterschiedlich aus, fest steht aber: es wird heiß.

In der Rentendebatte geht es im Kern um den Generationenvertrag. Als Vater von drei Kindern liegt es mir sehr am Herzen, welche langfristigen Folgen unser Verhalten und unsere Politik hat. Unter Generationengerechtigkeit verstehe ich, dass keine Generation auf Kosten einer anderen leben darf und nichts von den nächsten Generation verlangen darf, was sie nicht selbst zu leisten bereit war. Die INSM hat daher schon an vielen Stellen gemahnt, wenn sie die Generationengerechtigkeit in Gefahr sah. Einige Politiker werfen uns bei solchen Gelegenheiten vor, wir würden die Generationen gegeneinander aufwiegeln und zu spalten versuchen. Das Gegenteil ist richtig. Nicht derjenige, der eine Politik zu Lasten der Jungen aufdeckt und anprangert, spaltet die Generationen. Wer jetzt in Rente geht, hat in seinem Leben nur in zwei Jahren – 1997 und 1998 – einen Rentenbeitrag von mehr als zwanzig Prozent gezahlt. Auch als Steuerzahler musste er die meiste Zeit nur einen überschaubaren Zuschuss in die Rentenkasse zahlen. Wenn die Bundesregierung bei ihrem Kurs bleibt, werden die heutigen Berufseinsteiger und deren Kinder eine ganz andere Zukunft vor sich

haben. Durch die Festschreibung des Rentenniveaus wird entweder der Rentenbeitrag schnell die 20 Prozent-Schwelle überschreiten und dann stramm in Richtung der 30-Prozentmarke ansteigen. Oder der Steuerzuschuss wird in einem bisher ungekannten Maße ansteigen. Im Jahr 2030 würden 36 Milliarden Euro zusätzlich fällig werden. Das entspricht dem doppelten, was wir heute für Bildung und Forschung ausgeben. Alternativ müsste zur Finanzierung der Mehrwertsteuersatz um drei Prozentpunkte erhöht werden. Und trotz dieser Milliarden wäre den allermeisten von Altersarmut Betroffenen nicht geholfen, da die meist gar keine Rentenansprüche haben und ihnen ein höheres Rentenniveau nichts bringt. Hier wären zielgerichtete Hilfen viel wirkungsvoller – und vor allem gerechter.

Zum Schluss möchte ich Ihnen noch sagen, was Olaf Scholz dem 17-Jährigen eigentlich sagen müsste. Er müsste ihm nämlich eingestehen, dass er für die Festschreibung des Rentenniveaus unterm Strich über 9000 Euro draufzahlen muss. Statt sich auf eine „anständige Rente“ verlassen zu können, müsste er sich auf eine gepfefferte Rechnung gefasst machen. Und das alles nur, weil offenbar auch Herr Scholz die Höhe des Rentenniveaus mit der Höhe der Renten verwechselt hat. Dem jungen Mann, seinen Eltern und Großeltern sollte man lieber zeigen, was die Bundesregierung selbst in ihrem Alterssicherungsbericht 2017 geschrieben hat: dass nämlich in den kommenden Jahrzehnten zwar das Rentenniveau sinkt, die Renten aber weiter steigen. Sie werden auch stärker steigen, als die Inflation. Die Kaufkraft wird daher zunehmen. Ein Rentner des Jahres 2030 wird sich deutlich mehr leisten können, als ein Rentner des Jahres 2018. Ganz ohne Haltelinien. Das ist eine beruhigende Feststellung – mit der man aber zugegebenermaßen nicht so einfach Stimmung und Wahlkampf machen kann.

Nach dieser positiven Nachricht übergebe ich jetzt das Wort an Dr. Moog. Er hat alarmierende Zahlen für Sie.